über Maßnahmen zur Einführung des Prinzips der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft — Register der volkseigenen Wirtschaft — (GBl. S. 290) in das Register der volkseigenen Wirtschaft einzutragen.

§ 6

Begründung und Beendigung von
Arbeitsrechtsverhältnissen

(1) Der Direktor, Stellvertreter des Direktors, Kaderleiter und Hauptbuchhalter werden durch den Vorsitzenden des Bezirkslandwirtschaftsrates berufen und abberufen.

(2) Die übrigen Mitarbeiter des Betriebes werden durch den Direktor eingestellt und entlassen.

§ 7

Struktur- und Stellenpläne

Der Stellenplan ist auf der Grundlage der Rahmenstruktur aufzustellen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu bestätigen.

§ 8

Regelung des Arbeitsablaufes

Für den Arbeitsablauf und die Regelung der Stellung und Pflichten der Mitarbeiter ist nach kollektiver Beratung mit den Mitarbeitern des Betriebes eine Arbeitsordnung durch den Direktor im Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung zu erlassen. Die Arbeitsordnung bedarf der Bestätigung durch den Vorsitzenden des Bezirkslandwirtschaftsrates.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Anordnung tritt am 15. August 1963 in Kraft.
Berlin, den 2. August 1963

Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates beim Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Ewald
Minister

Anordnung über die Einlösung von Schecks zu Lasten von Sparkonten.

Vom 9. August 1963

Im Einvernehmen mit dem Minister der Justiz und dem Minister für Post- und Fernmeldewesen wird zur weiteren Vereinfachung und Verbesserung der Verfügungsmöglichkeit über Sparkonten folgendes angeordnet:

§ 1

Die volkseigenen Sparkassen,
die Deutsche Bauem-Bank,
die Bäuerlichen Handelsgenossenschaften,
die Reichsbahnsparnkassen,
die Banken für Handwerk und Gewerbe und
die Landeskirchliche Kreditgenossenschaft für
Sachsen eGmbH in Dresden
sind »berechtigt, für die bei ihnen geführten Sparkonten,
die zum Freizügigkeitsverkehr zugelassen sind, auf
Antrag Scheckhefte an die Inhaber dieser Sparkonten
auszugeben.

§ 2

Die im § 1 genannten Institute und die Deutsche Post sind berechtigt, unter Beachtung der banküblichen Sorgfalt auf Sparkonten gezogene Schecks bei Vorlage bis zur Höhe von 500 DM sofort bar auszuzahlen bzw. Schecks in jeder Höhe zur Verrechnung entgegenzunehmen. Eine Vorlage des Sparbuches ist nicht erforderlich.

§ 3

Die einlösenden Institute und die Deutsche Post haben auf der Rückseite des auszuzahlenden Schedes den Namen, die Wohnanschrift und die Nummer des Deutschen Personalausweises des Vorlegers zu vermerken. Institute, die mit Ersatzbelegen arbeiten, haben diese Angaben auch auf den bei den Instituten verbleibenden Ersatzbelegen zu vermerken.

§ 4

(1) Schecks, für die ausreichende Deckung fehlt oder die Formfehler aufweisen (Rückschecks), sind vom letzten (bezogenen) Institut nicht einzulösen.

(2) Sofern der Zahlungsempfänger mit dem Kontoinhaber oder einem Verfügungsberechtigten identisch ist, trifft das bezogene Institut zur Durchsetzung seiner Forderung aus dem Rückscheck alle erforderlichen Maßnahmen gegenüber dem Aussteller. Eine Rückverrechnung des Schecks mit dem auszählenden Institut hat nicht zu erfolgen.

(3) In allen anderen Fällen sind Rückschecks entsprechend der Anweisung der Deutschen Notenbank für den Scheckverkehr vom 1. Juli 1959* zu bearbeiten.

§ 5

Diese Anordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft
Berlin, den 9. August 1963

Der Minister der Finanzen

R u m p f

• liegt den Geld- und Kreditinstituten vor

Anordnung Nr. 2* über die Ausreichung von Teilzahlungskrediten zum Einkauf langlebiger Gebrauchsgüter.

Vom 15. Juli 1963

Im Interesse der weiteren Erleichterung der Finanzierung des Kaufes von langlebigen Gebrauchsgütern durch Teilzahlungskredite wird im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Versorgung folgendes angeordnet:

§ 1

Der § 2 Ziff. 3 der Anordnung (Nr. 1) vom 14. Februar 1962 über die Ausreichung von Teilzahlungskrediten zum Einkauf langlebiger Gebrauchsgüter (GBl. II S. 93) erhält folgende Neufassung:

„3. Die Summe des Kredites an den einzelnen Kreditnehmer ist nicht begrenzt.“

§ 2

Diese Anordnung tritt am 15. Juli 1963 in Kraft.
Berlin, den 15. Juli 1963

Der Minister der Finanzen

R u m p f

* Anordnung (Nr. 1) (GBl. II 1902 Nr. 10 S. W)